

Wittgensteiner Zeitung

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, und kostet monatlich 2 Mark. Großkronen: Kreis-Sportasse Laasphe Nr. 39. Marburger Bank e.G.m.b.H., Niederl. Laasphe.

Tageszeitung für den Kreis Wittgenstein

Mit der wöchentlichen Beilage „Heimat und Welt“

Schriftleitung, Druck und Verlag von Ernst Schmidt in Laasphe

Einzelgen: 1 mm hoch, 42 mm breit 10 Pfg. Familien- und kleine Einzelgen: ... 8 Pfg. Anzeigen: 1 mm hoch, 90 mm breit 50 Pfg. Postfachkonto Nr. 40449 Amt Röhlin

Nummer 10

Fernsprecher Nr. 1

Laasphe, Montag den 13. Januar 1930

55. Jahrgang

Neues vom Tage.

Das bährische Abgeordnetenhaus stimmte mit 90 gegen 45 Stimmen der Abschaffung der Todesstrafe zu.

In gut unterrichteten Kreisen rechnet man damit, daß der spanische Finanzminister zurücktritt. Von seiner Entlassung durch eine befähigte Persönlichkeit erhofft man eine Besserung des Devisenlurses.

Das portugiesische Kabinett, das seit Juli vorigen Jahres im Amt ist, ist nach vielfachen Meldungen zurückgetreten. Der Rücktritt ist auf Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Kabinetts über grundsätzliche Fragen der Politik zurückzuführen.

Nach einer Meldung aus Tokio hat die japanische Regierung einen Erlass herausgegeben, durch den die Sperre der Goldausfuhr, die seit dreizehn Jahren bestand, aufgehoben wird. Japan kehrt wieder zur Goldwährung zurück. Die Goldreserven Japans betragen gegenwärtig zwei Milliarden Mark. Der Notenumlauf ist zu 80 v. H. gedeckt.

In Schönnau (Mähren) fanden Kinder eine Handgranate auf einem Schutthaufen und brachten sie zur Explosion. Zwei Kinder wurden auf der Stelle getötet, zwei andere schwer verletzt.

Eine fürchterliche Kälteperiode herrscht zur Zeit in Nordchina. In der Mongolei sollen 15 000 Menschen erfroren sein. In Gantau wurden mehr als hundert Autos erfroren in den Straßen aufgefunden.

Der zehnte Geburtstag.

In diesen Tagen ist der Völkerbund zehn Jahre alt geworden. Offiziell ist dieser Tag nicht gefeiert worden. Es haben nur einige Regierungen Glückwunschkarten nach Genf geschickt, und in der Presse erscheinen da und dort Geburtstagsartikel. Zu lautem Jubel ist ja auch kein Anlaß. Für Deutschland schon gar nicht: manche Entscheidungen des Völkerbundes brachten uns herbe Enttäuschungen. Wir brauchen nur an die Volksabstimmung in Oberschlesien zu erinnern. Sie ergab eine klare Mehrheit für Deutschland, aber der Völkerbund legte sie als Verleumdung zum Polentum aus und entschied demgemäß.

Auch in anderen Fragen hat der Völkerbund verfehlt. Die zwei wichtigsten davon sind Abrüstung und Minderheitenrecht. Der Versailler Vertrag hat bekanntlich Deutschland so gut wie völlig entwaffnet, aber auch die Gegenseite zur Abrüstung verpflichtet. Der Völkerbund sollte das Organ werden, das die Richtlinien für diese allgemeine Abrüstung aufstellt und ihre Durchführung überwacht. In Wirklichkeit hat er diese Aufgabe aber nicht erfüllt, ja, er hat sie ernsthaft überhaupt noch nicht begonnen. Zwar hat er eine ganze Reihe von Besprechungen, Konferenzen, Ausschüssen und andere Beratungen über das Thema abgehalten. Es wurden dabei auch unendlich viele Neben gehalten: gute und weniger gute, aufrichtige und weniger aufrichtige. Geschehen aber ist nichts. Europa steht heute in Waffen wie noch nie. Zwischen England und den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist ein Wettlaufen zur See entbrannt, das selbst den Engländern so unheimlich wurde, daß sie zu einer Flottenkonferenz nach London eingeladen haben. Wer unvoreingenommen die Situation betrachtet, muß zugeben, daß wir gerade in der Abrüstungsfrage trotz des nun zehn Jahre alten Völkerbundes noch keinen Schritt vorwärts gekommen sind. Das stellt übrigens auch die Londoner Presse in ihren Jubiläumsartikeln ausdrücklich fest.

Ähnlich liegt es auf dem Gebiete des Rechts der nationalen Minderheiten. Auch hier hat der Bund unendlich viel geredet und unendlich wenig getan. Wiederholt mußte Deutschland Vorfälle unternehmen, damit das heikle Problem überhaupt behandelt werde. Zu einer wirklichen Tat, zur Aufstellung von ganz bestimmten Grundsätzen, die den nationalen Minderheiten ihr Naturrecht auf Muttersprache und Stammeskultur geben, Grundsätze, deren Einhaltung den Staaten zur Pflicht gemacht werden müßte — dazu kam es bis jetzt leider noch immer nicht.

Auch wo der Völkerbund als Schiedsrichter oder Schlichter angerufen worden ist, hat er wiederholt den Erwartungen nicht entsprochen, die man auf ihn setzte. Er hat vorgezogen, gut zureden, oder die Sache zu verschleppen, statt irgendwie einzugreifen und zu entscheiden.

Trotz dieser Bemängelungen wäre es ungerecht, zu behaupten, der Völkerbund habe in seinem zehnjährigen Bestehen überhaupt noch nichts geleistet, die ganze Institution wäre nutzlos. Nein, auch der kritischste Beobachter wird zugestehen müssen, daß der Völkerbund da und dort — wenn auch nur in kleineren Dingen — schon recht wertvolle positive Arbeit getan hat, vor allem aber, daß die persönliche Verührung der leitenden Staatsmänner fast aller europäischen und zahlreicher außereuropäischen Länder auf den Zusammenkünften des Völkerbundes als wertvolles Aktivum anzuerkennen ist.

Vielleicht hat das Versagen des Völkerbundes in großen Fragen lediglich seinen Grund darin, daß in den Reihen seiner Mitglieder — zu denen übrigens zwei starke Mächte: die Vereinigten Staaten von Nordamerika und Rußland nicht gehören — der richtige Geist noch nicht lebendig ist, der allein einer solchen Institution Aktivität verleihen kann. Wir meinen den Geist der Zusammengehörigkeit, den Geist des Verbundenseins, den Geist der gegenseitigen Solidarität, den wir noch bei vielen, um nicht zu sagen: bei fast allen seinen Mitgliedern schmerzlich vermissen. Man denke nur an Frankreich, das

lieber zu geradezu phantastischen Rüstungen, die Unsummen kosten, greift, als daß es an den Völkerbund denkt und auf den Boden einer wahren Verständigungspolitik tritt.

Wer es gut mit dem Völkerbunde meint, muß ihm zu seinem zehnten Geburtstag größere Aktivität wünschen, die freilich nur dann möglich ist, wenn seine Mitglieder einmal von dem wahren Völkerbundsgeiste befeuert sind. Dürfen wir hoffen, daß er sich in absehbarer Zeit einstellen wird? Wir vermögen die Frage nur aufzuwerfen, aber noch nicht zu beantworten!

Sanktionsfrage und Völkerbund.

Wie ein Berliner Blatt aus dem Haag erfährt, wird bei der französischen Delegation in der Frage, wie der Briefwechsel zwischen Deutschland und Frankreich über die Maßnahmen nach der vom Haager Schiedsgericht festgestellten „Zerreißung“ des Young-Planes durch Deutschland formuliert werden sollte, jetzt folgender Ausweg erwogen: Man wolle erst in irgendeiner Weise den Völkerbundsrat auf Grund des Artikels 11 des Völkerbundsstatuts einschalten, um einen Erlass für die Bestimmungen des Artikels 430 im Versailler Vertrag zu finden.

Es scheint, daß Briand mehr als Tardieu diesem Lösungsversuch zuneigt und daß der französische Ministerpräsident fest, wie man von französischer Seite hört, darüber Erklärungen bei maßgebenden Politikern in Paris, namentlich bei Poincaré, einholen wolle.

Tardieu will mit Dr. Schacht verhandeln.

Wie aus dem Haag berichtet wird, beabsichtigt der französische Ministerpräsident Tardieu, das Eintreffen des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht zu persönlichen Verhandlungen mit diesem über die Haltung Deutschlands der Frage der Privatisierung bzw. der ersten auszuliegenden Transche der Privatisierungsanleihe zu benutzen.

Der Eindruck der Curtius-Rede.

Die Rede des Reichsaussenministers Dr. Curtius auf dem Frühstünd der Völkerbunds-Journalisten im Haag wird in Konferenzkreisen viel erörtert. Man betont, daß das die einzige politische Rede gewesen sei, die auf dem Frühstünd gehalten wurde.

Dr. Curtius, der zum ersten Mal vor einem derartigen internationalen Forum sprach, hat, wie allgemein bemerkt wurde, besonderen Wert darauf gelegt, sich nicht den allgemeinen üblichen Redewendungen über Völkerbund und Völkerverständnis anzupassen, sondern er hat eindeutig darauf hingewiesen, daß Deutschland sich in einer besonderen Lage befinde und daß an Deutschland Forderungen auf Übernahme der gewaltigen Zahlungsverpflichtungen der Welt gerichtet würden.

Ferner hat Dr. Curtius unmissverständlich zum Ausdruck gebracht, daß Deutschland sich nicht nur auf dieser Konferenz in einer besonderen Lage befinde, sondern auch an dem Tage der Ansprache — dem zehnten Jahrestage des Inkrafttretens des Versailler Vertrages. Allgemein bemerkt wurde neben diesem, den deutschen Standpunkt wenn auch in diplomatischer Form, so doch eindeutig kennzeichnenden Hinweis, daß Curtius ausdrücklich die Bereitwilligkeit der deutschen Regierung betonte, mit den übrigen Mächten im Völkerbund mitzuarbeiten. In dieser Weise hat man auf deutscher Seite, wie in Konferenzkreisen allgemein hervorgehoben wird, der schwierigen Lage, in der sich der deutsche Redner vor dem Forum der Gläubigermächte befand, Rechnung getragen.

Um das deutsche Eigentum.

Nach einer „Times“-Meldung beabsichtigen die Vertreter Australiens, Neuseelands und Kanadas, zur Durchführung einer völligen Liquidierung der Vergangenheit Sonderabkommen mit den Deutschen in der Frage des Verfügungsrechtes über das im Weltkriege beschlagnahmte deutsche Eigentum abzuschließen.

Der deutsche Standpunkt in der Sanktionsfrage.

Von gut unterrichteter französischer Seite verlautet, daß zwischen Curtius und Tardieu von deutscher Seite eine schriftliche Niederlegung des deutschen Standpunktes in der Sanktionsfrage vereinbart worden ist. In dieser Niederschrift seien folgende drei Punkte hervorgehoben worden:

1. Deutschland ist der Ansicht, daß in einem Vertrag, der, wie der Young-Plan auf gegenseitigem Vertrauen beruht, nicht eine Klausel aufgenommen werden kann, die bereits Unheiligkeit auf der einen Seite, nämlich Deutschlands, vorsieht. Aus diesem Grunde können in dem Schlußprotokoll der Haager Konferenz keinerlei Bestimmungen aufgenommen werden, die die Ehrlichkeit Deutschlands und den guten Willen, seine im Young-Plan freiwillig übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen, irgendwie in Frage stellen. 2. Die deutsche Abordnung ist der Ansicht, daß nach der Kommerzialisierung der deutschen Young-Zahlungen nur privatrechtliche und finanzielle Maßnahmen in Frage kommen können. 3. Wird hierbei gegen die Zustimmung des Schiedsgerichts des Young-Plans Einwand erhoben und eine Erweiterung der deutschen Vertretung in dem Schiedsgericht verlangt.

Curtius fährt nicht nach Genf.

Reichsaussenminister Dr. Curtius hat seine Reise nach Genf aufgegeben. Als Begründung wird von deutscher Seite mitgeteilt, daß die Verhandlungen in den letzten Stunden sowohl in der Sanktionsfrage, als auch in den reparationspolitischen Fragen sich derart zugespitzt hätten, daß eine Abwesenheit des Reichsaussenministers vom Haag nicht möglich erscheine.

Die vom englischen Schatzkanzler Snowden geforderte Einigung in den reparationspolitischen Fragen konnte nicht erzielt werden. Die Auffassungen stehen vielmehr, wie betont wird, von neuem außerordentlich schroff einander gegenüber. Staatssekretär v. Schubert reiste nach Genf und wird Deutschland im Völkerbundsrat vertreten.

Scharfe Erklärungen Snowdens im Haag. Curtius erwidert.

Haag, 13. Januar. Der englische Schatzkanzler Snowden hat in der Sitzung am Samstag eine wenn auch nicht in der Form, so doch in der Sache außerordentlich scharfe Erklärung abgegeben, in der er die Konferenzlage als gefährdet bezeichnet. Trotz der Unnehmlichkeiten der holländischen Gastfreundschaft habe er nicht die Absicht, sein ganzes Leben im Haag zu verbringen. Es sei ausgeschlossen, daß die deutschen Unterhändler sich zu jedem einzelnen Punkt die Zustimmung ihrer Regierung einholen müßten. Die deutschen Vertreter müßten über genügende Vollmachten verfügen, um selbständige Entscheidungen treffen zu können. Wenn die deutsche Abordnung den Young-Plan nicht annehmen wolle, so solle sie das gleich erklären. Der Dames-Plan würde dann in Kraft bleiben. Von alliierter Seite wurden in der Sitzung neue Forderungen in der Moratoriumsfrage angemeldet.

Auf die Ausführungen des englischen Schatzkanzlers hat Außenminister Curtius eine Erklärung grundsätzlichen Charakters abgegeben. Eindeutig sei folgendes festzustellen: Der Juristenausschuß habe auf Grund der Vorschläge der alliierten Juristen einen Gesamtentwurf eingereicht, den die deutsche Abordnung bereit sei anzunehmen. Die Gläubigermächte seien jedoch von dem Vorschlag ihrer eigenen Juristen abgerückt. Zu der Frage der Tarifpolitik der Reichsbahn habe ein einstimmiger Beschluß des Organisationsausschusses vorgelegen. Es wären wieder die Gläubigermächte gewesen, die dieser Konferenz neue Vorschläge unterbreitet hätten. Reichsaussenminister Curtius protestierte auf das schärfste dagegen, daß die deutschen Unterhändler nicht genügend Vollmachten besäßen sollten. Die deutsche Abordnung habe niemals mit der Hinzuziehung Dr. Schachts zu den Verhandlungen gedroht. Es wären vielmehr die Gläubigermächte gewesen, die den Dames-Planer Ausschuß nach dem Haag gerufen hätten, in dem Dr. Schacht vertreten sei.

Er müsse ferner aufs schärfste den Vorwurf ablehnen, daß die deutschen Unterhändler die Verhandlungen verzögerten, um das Eintreffen Dr. Schachts abzuwarten. Die deutschen Unterhändler seien selbstverständlich in der Lage, ohne in jedem einzelnen Punkt mit der Berliner Regierung Fühlung zu nehmen, selbständig Entscheidungen zu treffen und sofort verantwortliche Erklärungen abzugeben. Reichsaussenminister Dr. Curtius gab sofort eine Erklärung ab, in der er zu sämtlichen offenen acht Streitfragen eindeutig den deutschen Standpunkt präziserte und sich bereit erklärte, bereits nach zwei Stunden diese Erklärungen in schriftlicher Form den alliierten Gläubigern bekanntzugeben.

Die alliierten Gläubiger haben die ihnen inzwischen übermittelte schriftliche Erklärung des deutschen Außenministers über den deutschen Standpunkt in den einzelnen offenen Streitfragen geprüft.

Die deutsche Agrarfrage.

Eine Rede des Reichsernährungsministers.

In der deutschen weltwirtschaftlichen Gesellschaft sprach am Freitag der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Dietrich, über die deutsche Agrarfrage. Er führte u. a. aus:

Die Notlage der Landwirtschaft sei zum Teil auf eine steuerliche Überlastung der Landwirtschaft in den ersten Jahren nach der Inflation zurückzuführen. Man sei bestrebt, jetzt die Steuerlasten der Landwirtschaft zu senken. Die Landwirtschaft bringe gegenwärtig 60 Millionen Einkommensteuer, 100 Millionen Vermögenssteuer, 85 Millionen Rentenbankzinsen, 500 Millionen Realsteuern, 60 bis 70 Millionen Umsatzsteuer und 50 Millionen anderer Steuern auf. Man sei bestrebt, die Rentenbankzinsen der Landwirtschaft zu erlassen und die Grundsteuer um 10 v. H. mithin um 50 Millionen Mark zu senken. Mithin würde eine Senkung der steuerlichen Lasten um 150 Millionen eintreten. Die Gesamtelastung sei gegenwärtig 800 bis 900 Millionen Mark.

Der Minister kam dann auf die Zolltariffrage zu sprechen und legte dar, wie ungünstig der Zolltarif von 1925 für die Landwirtschaft gewesen sei. Die deutschen Reparationszahlungen hätten sich auch für die Landwirtschaft schädlich ausgewirkt, da die Industrie in der Lage gewesen sei, ihre Belastung auf die Landwirtschaft abzuwälzen, die nicht in der Lage gewesen sei, diese Lasten in Form höherer Preise für ihre Erzeugnisse abzuwälzen.

Die Zollerhöhungen vom Dezember 1929 seien unbedingt notwendig gewesen, um die Landwirtschaft zu retten. Der Redner betonte dann die Notwendigkeit der Umstellung der Land-

Wirtschaftlichen Absatzorganisationen, die sei ebenso wichtig wie der Zollschutz. Das deutsche Genossenschaftswesen befindet sich in einem katastrophalen Zustand.

Der Reichsernährungsminister hat die Reichsregierung ersucht, den Zoll auf Weizen und Spelz möglichst sofort auf 9.50 Mark für den Doppelzentner, den für Roggen auf 9 Mark festzusetzen, da sich ergeben hat, daß die Preise vom 1. September bis zum 31. Dezember vergangenen Jahres nur eine Durchschnittshöhe von 229 Mark für Weizen und 173 Mark für Roggen erreicht haben. Das Kabinett wird in den nächsten Tagen in einer Kabinettsitzung zu dem Antrag des Reichsernährungsministers Stellung nehmen. Es besteht kein Zweifel, daß es seine Zustimmung erteilen wird.

Polens Kulturhöhe.

Drei Millionen Analphabeten.

Wie die „Gazeta Warszawska“ berichtet, gibt es in Polen zur Zeit noch drei Millionen Analphabeten, das seien 25 v. H. aller Einwohner im Alter von über zehn Jahren.

In den Westprovinzen, die früher unter deutscher Herrschaft standen und in denen das deutsche Element heute noch stark vertreten ist, betrage die Anzahl der Analphabeten nur etwa 2 v. H., in den östlichen Gebieten steige sie bis auf 75 v. H.

Die Rationalisierung in der deutschen Luftfahrt.

Der natürliche Markt für die Luftfahrtindustrie.

Zu der Frage der Rationalisierung in der Luftfahrtindustrie nahm der Direktor der Luftfahrt, Wronski, wie folgt Stellung: Der Rationalisierungsplan ist ohne Zutun der Luftfahrtindustrie zu Stande gekommen. Bekanntlich hat der Reichstag vom Reichsverkehrsministerium gefordert, die Zahl der in Deutschland fliegenden Flugzeuge und Flugmotorenbau betreibenden Firmen herabzusetzen. Der Reichstag ist dabei von den verständlichen Bestrebungen ausgegangen, die Ausgaben des Reiches zu vermindern und die Sorge für die Erhaltung der Luftfahrtindustrie dem sogenannten „natürlichen Markt“ zu überlassen. Im vergangenen Jahr wurde der Industrie zur Erleichterung des Übergangs vom Reich noch eine einmalige Beihilfe ohne Gegenleistung von neun Millionen Mark gewährt, die für Umstellung auf den natürlichen Markt bzw. zur Abwechslung vom Luftfahrzeugbau verwendet werden sollte. Die Bewilligung dieser Beihilfe durch den Reichstag ist aber von der Vorlage des Rationalisierungsprogramms abhängig gemacht worden. Die Luftfahrtindustrie nimmt natürlich unter den Rationalisierungsmaßnahmen die erste Stelle ein. Sie wird aber — da sie zur äußersten Sparbarkeit verpflichtet ist — ihr Gerät, mit dem sie zur Zeit ziemlich reichlich versehen ist, auch auf äußerste auszunutzen versuchen und Reinvestitionen auf das Notwendigste beschränken.

Der Auslandsmarkt ist immer ein sehr unsicherer Faktor, da alle Länder der Welt die Luftfahrt stark unter Rüstungsgeheimnissen betrachten und sich möglichst eine Produktion im eigenen Lande sichern wollen. Wo dies noch nicht ganz der Fall ist, treten kapitalstärkere Länder, die erleichterte Zahlungsbedingungen zu geben vermögen, natürlich als schärfste Konkurrenz auf.

Ein Nachspiel zum Kapp-Putsch.

Das Disziplinarverfahren gegen von Jagow eingeleitet.

Der frühere Berliner Polizeipräsident und spätere Regierungspräsident von Jagow war wegen seiner Beteiligung an der Kapp-Putschregierung zu längerer Festungshaft verurteilt worden. Dadurch verlor er gemäß Paragraph 7 des preussischen Disziplinalgesetzes vom Jahre 1852 selbstständig sein Amt und seine Bezüge. Man zahlte ihm dementsprechend keine Wartegelder mehr.

In einem Zivilprozeß klagte von Jagow gegen den preussischen Fiskus auf Zahlung der vorenthaltenen Bezüge. Das Reichsgericht sprach ihm in der bekannten Entscheidung die gesetzlichen Bezüge zu mit der Begründung, daß Paragraph 7 des preussischen Disziplinalgesetzes eine Strafbestimmung preussischen Rechtes darstelle. Durch das Einführungsgezet zum RGV seien aber alle Bestimmungen der Landesgesetzgebung aufgehoben, soweit sie nicht ausdrücklich aufrecht erhalten worden sind. Das Reichsgericht sprach in seinen Gründen aus, daß die preussische Regierung nicht gehindert sei, ein Disziplinarverfahren gegen von Jagow wegen seiner Beteiligung am Kapp-Putsch einzuleiten und zwar mit dem Ziele, ihn aus dem Amt zu entfernen und ihm auf diesem Wege seine Bezüge zu entziehen.

Der preussische Disziplinarhof für nichtrichtliche Beamte beim Kammergericht hat nun entschieden, daß das von der preussischen Regierung gegen von Jagow eingeleitete Disziplinarverfahren einzustellen sei, weil entgegen der Ansicht des Reichsgerichts Paragraph 7 des preussischen Disziplinalgesetzes von 1852 für gültig zu erklären sei, so daß kein Raum mehr für ein Disziplinarverfahren gegeben sei.

Vor der Londoner Flottenkonferenz.

Die britische Admiralität und die Flottenverminderung.

Der erste Lord der Admiralität, Alexander, gab in einer Rede in Sheffield eine amtliche Darstellung der Haltung, die die britische Admiralität auf der Flottenabrüstungskonferenz einzunehmen gedenke.

Eine Verminderung der britischen Kreuzer von 70 auf 50 Schiffe würde ermöglicht durch die allgemeine Verringerung der Weltlage und vor allem durch den Kellogg-Pakt, der sei aber gleichzeitig abhängig von dem Zustandekommen eines Abkommens auf der Londoner Konferenz, das eine ausreichende Begrenzung des Bauprogramms aller Flottenmächte bringe.

Die Admiralität gehe bei der Festlegung der britischen Mindestbedürfnisse davon aus, daß von den früheren britischen Regierungen für die Großkampfschiffe der Grundsatz der Gleichheit mit der größten nichtbritischen Flottenmacht angenommen worden sei. Das sei das Hauptergebnis der Washingtoner Konferenz gewesen.

Die Erklärung des ersten Lords der britischen Admiralität, Alexander, daß England mindestens 50 Kreuzer haben müsse, um seine Besitzungen zu schützen, hat in Washingtoner amtlichen Kreisen große Überraschung ausgelöst. Man ist der Auffassung, daß die englische Regierung durch diese Erklärung festgelegt ist. Von amerikanischen Marinekreisen wird der englische Vorstoß sofort mit einer Gegenoffensive beantwortet.

Mitglieder der amerikanischen Admiralität erklärten rundweg, daß Amerika, wenn die Londoner Regierung die Forderung Alexanders auf der Flottenkonferenz beibehalten sollte, die vorgelegenen 15 Kreuzer, ja vielleicht sogar noch mehr, bauen müsse, um die anerkannte Flottenstärke mit England

herzuzukommen. Die Hoffnungen des Präsidenten Hoover auf einen wirklichen Fortschritt in der Flottenabrüstungsfrage würden dadurch allerdings zunichte gemacht.

Politische Tageschau.

Der deutsch-polnische Handelsvertrag. Die deutschen Vertreter in Genf werden der polnischen Abordnung in der Angelegenheit des deutsch-polnischen Handelsvertrages neue Vorschläge in der Frage des polnischen Schweinekontingents machen. Die Reichsregierung beabsichtigt, eine Organisation zu schaffen, um die von den zugelassenen Wurstfabriken und über die Seegrenzschlachthäuser nicht nach Deutschland eingeführten Schweinemengen bis zur Erschöpfung des Kontingents abzugeben.

Nachtritt des Oberpräsidenten Dr. Schwander. Der Oberpräsident der preussischen Provinz Hessen-Nassau, Dr. Schwander in Kassel, hat, wie wir aus zuverlässiger Stelle erfahren, beim Staatsministerium sein Abschiedsgesuch eingereicht und um Entlassung aus dem Staatsdienst zum 1. April gebeten. Zugleich hat Dr. Schwander zur Wiederherstellung seiner Gesundheit einen längeren Urlaub angetreten. Der Minister hat nach vergeblichen Bemühungen, Dr. Schwander zu halten, das Abschiedsgesuch angenommen. Dr. Schwander steht im 62. Lebensjahre und war über zehn Jahre an der Spitze der Verwaltung der Provinz Hessen-Nassau. Dr. Schwander ist Elßässer und war etwa ein Jahrzehnt Bürgermeister von Straßburg. Unmittelbar vor dem Zusammenbruch war er Statthalter von Elsaß-Lothringen. Alle Kreise der Bevölkerung in Stadt und Land werden mit größtem Bedauern von dem Scheiden Kenntnis nehmen.

Preußen und die evangelische Kirche.

Der Kirchenvertrag vor dem Abschluß.

Nach einer Berliner Blättermeldung sind die Besprechungen über den Staatsvertrag mit den evangelischen Kirchen soweit gediehen, daß über die meisten Punkte eine Einigung erreicht ist. Die Einzelheiten werden in der preussischen Kabinettsitzung am 21. Januar erörtert werden. Streitfragen waren, ob der Staat nur mitbestimmen solle bei der Ernennung des Präsidenten des Kirchenrats oder auch bei der seines Stellvertreters, ferner bei der Ernennung der Generalinspektoren und bei einem Teil der Superintendenten etwa für die wichtigsten Bezirke und schließlich bei der Ernennung des Präsidenten des Kirchenrats.

Vor allem spielte aber eine wesentliche Rolle die Frage der Erhöhung der Dotationen für die evangelischen Kirchen. Diese Dotationen stellen die finanzielle Staatsbeihilfe für die Kirchen außerhalb der staatlichen Zuschüsse für die Pfarrereinsparung dar. Bisher erhielt die evangelische Kirche an solchen Dotationen einen Betrag von etwas über zwei Millionen. Gegenüber ihren höheren Forderungen hatte der preussische Finanzminister zunächst nur geglaubt, eine Erhöhung um eine Million zuzugestehen zu können. Nach dem jetzigen Stande der Verhandlungen soll das staatliche Angebot gewissermaßen als letztes Wort des Finanzministers in dieser Frage sein, den evangelischen Kirchen eine Erhöhung um etwa zwei auf etwas über vier Millionen zuzugestehen.

Zeitgemäße Betrachtungen.

Aller Anfang ist schwer!

Im Jahre 1930 begann so mild der Januar, Frau Holle war noch gar nicht fleißig, man wurde nichts von ihr gewahrt, sie schuf kein richtiges Winterbild, kein schimmerndes Eis- und Schneefeld; so matt und schwach erschien der Winter, als hätte schon der Lenz dahinter.

Das kann nicht in den Rahmen passen, weil es dem Wintersport nicht frommt, doch soll man sich nicht täuschen lassen, oft heißt's: Spät kommt er, doch er kommt. Wir wissen noch vom vorigen Jahr, wie grimmig kalt der Winter war. So arg soll er's nicht wieder treiben, sonst kann er uns genossen bleiben.

Wenn wir betrachtend weiter schreiten durch diese Welt so wir und bunt, dann läßt sich leider nicht bestreiten: Die Zeit ist doch recht ungesund, es gibt noch solch Sturm und Graus, der Himmel sieht noch trübe aus. Wir fragen bang: Wie soll das enden, wann wird es sich zum Besseren wenden?

Demonstrationen und Orgie befanden laut, wie man gewillt, und neue Sensationsprozesse enthüllen uns manch' trübes Bild; die große Arbeitslosigkeit und der Partei'n Zerrissenheit in unserm Vaterland, dem teuern, beweisen uns, wohin wir steuern.

Auch uns're Wirtschaft ist seit Jahren bedroht, bedrückt in Land und Stadt, da heißt es wohl, wir müssen sparen, doch spart sich's schlecht, wenn man nichts hat. Der Anfang ist ja immer schwer, so sagt ein Spruch seit alters her. Wer sparen kann, der kann wohl lachen — viel leichter ist das Schuldenmachen.

Viel Schulden hat dem Deutschen Reich auch auferlegt der Young-Vertrag, daß sie das deutsche Volk begleiße, verlangt die Konferenz im Haag; da fragt man nicht, was Deutschland kann, da wird bestimmt das „Soll“ und „Wann“, jedoch unmögliches Begehren ist ganz entschieden abzuwehren.

Im Jahre 1930 steht uns manch' Schweres noch bevor und dennoch, wer getreu und fleißig zum Lichte strebt, ringt sich empor; und weil noch immer Großes schafft der Glaube an die eigene Kraft, drum, deutsches Volk, bewahr' ihn weiter im Kampfe um Dein Recht! —

Ernst Heitor.

Aus Laasphe und Umgegend.

Volgt ein regnerisches Sommerhalbjahr? Der gegenwärtige Winter mit seiner wenig winterlichen Witterung ruft überall Verwunderung und Kopfschütteln hervor, zumal er so gar nicht zu den Voraussetzungen passen will, die uns zum zweiten Mal einen ganz strengen Winter ankündigten. Milde Winter sind aber gar nicht so selten. Gewissenhafte Chronisten haben auf Jahrhunderte zurück solche anormale Winter aufgezeichnet, in denen es weder Schnee noch Kälte gab, in denen um Weihnachten herum Blumen blühten, die Bäume ausschlugen, im Februar die Vögel brüteten und die Obstbäume in Blüte standen. Im 19. Jahrhundert hat es nach den Ueberlieferungen nicht weniger als 14 anormal milde Winter gegeben. Aber auch seit der Jahrhundertwende hatten wir schon eine ganze Reihe besonders milder Winter, so die Winter von 1901/02, 1909/10, 1912/13 und zum Teil auch 1915/16. Freilich pflegt solchen milden Wintern vielfach ein regnerisches und kühles Sommerhalbjahr zu folgen, was den Gewinn der sogenannten Frühlingwinter mindestens fragwürdig und zweifelhaft erscheinen läßt.

Vanse, 13. Januar. Die hiesige Kirchenvertretung beschloß die Anschaffung einer neuen Orgel. Die Kosten — ungefähr die Hälfte — sind in einem seit Jahren angesammelten Fonds vorhanden, während die andere Hälfte zu einem mäßigen Ankauf von privater Seite gesichert ist.

Vanse, 13. Januar. Frau Luise Blecher geb. Wagner hierseits vollendet am morgigen 14. Januar ihr 90. Lebensjahr. Sie ist damit die älteste Bewohnerin des Dorfes. Genau 40 Jahre früher, am 14. Januar 1890, starb ihr Mann, der noch vielen in Erinnerung stehende Postagent und Inhaber vieler Ehrenämter Ludvig Blecher. Es erhebt sich wohl mit Recht die Frage, ob eine 40jährige Dienstzeit oder eine 40jährige Wittwenschaft am meisten Anspruch auf eine Auszeichnung hat. Frau Blecher liebt als einziges Tageblatt in alter Treue die Wittgensteiner Zeitung. Wir grüßen die Jubilarin mit dem Wunsch, daß ihr noch ein sonniger Lebensabend beschieden sein möge. Ihr Bruder in Laasphe, der bekanntlich im vorigen Jahre starb, ist fast 93 Jahre alt geworden.

Bermershausen, 13. Jan. Die Eheleute Gemeindevorsteher Fr. Weber hierseits feiern am morgigen 14. Jan. das Fest der Silbernen Hochzeit, wozu die Gemeinde ihrem langjährigen Vorsteher herzlichste Glückwünsche darbringt, denen auch wir uns hiermit mit dem Wunsch anschließen, daß es dem allgemein beliebten Paare dereinst beschieden sei, auch das Fest der „Goldenen“ in gleicher Weise begehen zu können.

Erndtebrück, 13. Januar. Der summarische Auszug aus den Zählstandsregistern des Standesamtes Erndtebrück für das Jahr 1929 unterscheidet sich zum Teil recht erheblich vom Jahre 1928. Wir lassen die einzelnen Zahlen nachstehend folgen; die in Klammern beigefügten Zahlen entfallen auf das Jahr 1928. Die Zahl der Eheschließungen betrug 22 (32), sodaß das Jahr 1929 mit 10 Eheschließungen hinter dem Vorjahr zurückgeblieben ist. Die Zahl der Geburten einschließlich Totgeburten betrug 68 (70); davon waren männlich 34 (41), weiblich 34 (29), ehelich 64 (68), unehelich 4 (2), lebend geboren 65 (70), todegeboren 3 (1). Die Zahl der Todesfälle betrug 32 (16), hat sich dem Jahre 1928 gegenüber also genau verdoppelt. Hier geben die Monate Januar, Februar, März, November und Dezember den Ausschlag. In diesen Monaten waren 22 (7) Todesfälle zu verzeichnen. Hieron entfallen auf das Alter von 60—70 Jahren 4 (1), 70—80 Jahren 7 (1), 80—90 Jahren 4 (1). Von den 32 Todesfällen entfielen auf das männliche Geschlecht 18 (11), auf das weibliche 14 (5). Nach den Todesfällen zu urteilen, hat der strenge Winter des vorigen Jahres ernste Spuren zurückgelassen.

Erndtebrück, 13. Januar. Am Sonntagabend schloß heftiger Sturm mit Schneetreiben ein, wodurch die elektrische Beleuchtung wiederholt unterbrochen wurde. Nach diesem will der winterliche Versuch um die endgültige Herrschaft noch recht fraglich erscheinen.

Bergshausen, 13. Januar. (Unfall.) Amtsrentmeister Berge von hier kam am Freitagabend auf der Landstraße von Wundertshausen nach Verleburg am sogenannten Ealbach, mit seinem Fahrrad derart unglücklich zu Fall, daß er bewußtlos liegen blieb. Am Samstag gegen 7 Uhr morgens wurde er von einem Passanten gefunden, der seine Ueberführung ins Krankenhaus Verleburg veranlaßte. Der Zustand des Verunglückten scheint bedenklich zu sein.

Turnen * Spiel * Sport.

Fußball.

Wallau — Breidenbach 3:1.
Laasphe — Gladenbach 2:4.
Zeubingen 1. — Frankenberg 1. 11:1 (Halbzeit 5:0).
Niederlaasphe 1. — Breidenbach 2. 2:4.
Wallau 2. — Edelshausen 1. 9:7.

Die Zwischenrunde um den Bundespokal: Hamburg: Norddeutschland gegen Mitteldeutschland 3:1, Stettin: Baltenverband gegen Brandenburg 1:5.

Süddeutschland.

Runde der Meister. Stuttgart: VfB. Stuttgart gegen FC. Freiburg 9:3; Frankfurt: Eintracht Frankfurt gegen SpVgg. Fürth 2:1; München: Bayern München gegen Borussia Dortmund 5:2; Mannheim: SV. Waldhof gegen FC. Pirmasens 1:1.

Trostrunden: Union Bödingen gegen VfR. Heilbronn 1:2, Jahn Regensburg gegen 1860 München 1:2, 1. FC. Nürnberg gegen FC. Karlsruher 4:2, Phönix Karlsruhe gegen VfB. Nürnberg 3:1, Phönix Ludwigschafen gegen Rot-Weiß Frankfurt 0:0, VfR. Neu-Isenburg gegen SV. Wiesbaden 1:2 (0:0), Sportfreunde Saarbrücken gegen FC. Frankfurt 0:3.

Aus Nah und Fern.

Oberlahausen. (Einlösung des Separatisten.) Notgedrungen. Den Geschäftsleuten, die in der Separatistenzeit unter Drohungen genötigt worden waren, Separatisten-Notgeld in Zahlung zu nehmen, wurde in den letzten Tagen die seit längerer Zeit beantragte Entschädigung gezahlt. Die Feststellungsbehörde Wiesbaden erlachte jedoch den Geschädigten nur fünfzig Prozent ihrer Forderungen zu.

Luise Weber
Richard Benfer
Verlobte

Bermershausen Feudingen
14. Januar 1930.

Empfehle
Geschäftsbücher
für Industrie, Handel und Gewerbe
in allen Ausführungen
und in la. Einbänden.

Hebelordner—Sammelmappen

sowie sämtliche

Bürobedarfsartikel

Nicht vorrätiges wird innerhalb weniger
Tage besorgt.

Aug. Imgardt
Laasphe.

Frankfurter Rundfunkprogramm.

Dienstag, den 14. Jan. 6.30 Wetterbericht und Zeitangabe. An-
schließend Morgengymnastik. — 13.15 (1.15) Werbelkonzert (Schall-
platten). — 13.30—14.30 (1.30—2.30) Schallplattenkonzert. —
14—14.45 (2—2.45) Von St. Moritz (nach Stuttgart): Erstes Mi-
nister-Rennen für St. Moritz. — 15.15—15.45 (3.15—3.45)
Stunde der Jugend. — 16—17.45 (4—5.45) Konzert des Rundfunk-
orchesters. — 18.05 (6.05) Wo uns der Schuh drückt: Kritiken —
Frager: Hugo Kamm. — 18.35 (6.35) Von Stuttgart: „Aus dem
Leben der Deutschen in Sowjetrußland“, Vortrag von Pastor F.
Schleuning. — 19.05 (7.05) Von Stuttgart: „Harrer Blumhardt-
Boll“, Vortrag von M. v. R. Keil. — 19.30 (7.30) Vom heimischen
Theatertheater Darmstadt (nach Stuttgart): Ditho. — 22.45 (10.45)
Nach Stuttgart: Nachrichten. — 23.05—23.35 (11.05—11.35) Nach
Stuttgart: Schachstunde.

Wie des Lebens Würfel fielen....

Von Fr. Lehne.

2] „Weißt du schon, Gilda, daß sich Elfriede Gollnow ver-
lobt hat?“ fragte Tante Agnes.
„Nein, Tanten! Das ist in der Tat eine interessante
Neuigkeit! Und mit wem?“
„In drei Wochen soll erst die Verlobung veröffentlicht
werden, am Silberhochzeitstag ihrer Eltern! Heute mor-
gen habe ich es erfahren von Frau Rechtsanwältin Roschütz!
Es ist ganz schnell gekommen; Elfriedes Verlobter ist ein
Lehrer Bartsch.“
„Ich habe nie von dem Herrn gehört. An welcher Schule
ist er denn?“
„Er ist Hilfslehrer in Dorndorf.“
„— auf einem Dorfe? Ich danke! Daß die stolze Elfriede
sich damit begnügt! — Allgemein dachte man doch, daß ihre
Wahl nur auf einen Juristen oder Offizier fallen würde.“
„Du weißt doch, Gilda, daß bei Gollnows nicht viel ist
und außerdem hat Erich Gollnow seinen Eltern viel Geld
geliefert. Man sagt, fast das ganze Vermögen sei damals
draufgegangen.“
„Erich Gollnow war ein hübscher Junge.“
„Aber leichtsinnig, Gilda, bis zum Verbrechen leicht-
sinnig.“
Gilda lachte ein wenig.
„Ach, was du alles gleich leichtsinnig nennst, Tante! Er
war genial — eine Künstlernatur — und das begriff seine
in allerlei stürren Vorurteilen befangene Familie nicht —
mir tat er leid! Ich gestehe, ich hatte eine Schwäche für
ihn.“
„Warum hast du ihn denn nicht geheiratet? Er schwärmte
doch sehr von dir.“
„Tante Agnes, das ist etwas anderes! Nebenbei kann
du ja meine Ansichten — ich heirate vorläufig nicht.“
„Ja, leider! Du bist unbeschreiblich! Ach, und ich wußte
jemand, wie geschaffen für dich — ein interessanter
Mann!“
„Das sagst du jetzt erst, Tanten? Wie hinterhältig!“
Gilda sprang auf, faßte die alte Dame an die Schultern und
schüttelte sie übermäßig — „nun heraus mit der Sprache,
sage, wo dieser interessante Mann zu finden ist! Vielleicht,
daß ich mich entschließen würde, ihn zu lieben meine Kunst,
meine goldene Freiheit zu opfern!“
„Immer mußt du spotten, Gilda! Und ich meine es doch
so gut mit dir — du willst es nur nicht sehen!“
„O doch, Tanten, ich weiß es wohl, und ich bin dir
auch dankbar!“ sagte Gilda herzlich, „ich verdiene deine Für-
sorge gar nicht, weil ich immer anders will als ihr wollt!
Doch berichte mir nun von dem mir zugehörigen Zukunfts-
guten!“
„Er hat eine Fabrik für Seilerwaren, Stricke und so
weiter! Er ist sehr reich.“
„Um Gildas schlingensiefelnden Mund spielte ein ver-
steht, spöttisches Lächeln — sie nickte vor sich hin — „Fabri-
kant für Seilerwaren, Stricke, sehr reich — das läßt sich
hören! Nur weiter — wo ist die Fabrik?“



Turnverein Laasphe.
Schülerinnen-Abteilung.

Turnstunden regelmäßig
Donnerstag nachmittags
von 5 1/2—6 1/2 Uhr.

1. Turnstunde: Donnerstag
den 16. Januar.
Der Vorstand.

Zwangsversteigerung.

Am Dienstag den 14. 1.
1930, nachm. 1 Uhr ver-
steigere ich in der Wirtschaft
Schäfer in Laasphe

1 Digi-Auto

öffentlich meistbietend gegen
gleiche Barzahlung.

Hilfenbach, 13. Jan. 1930.

Wetterholz.

Obergerichtsvollzieher
in Hilfenbach.

Hühneraugen

beseitigt radikal

„ISCRET“

Wittgenst. Drogerie,

Max Hinz, Laasphe.

Anzeigen,

die an einem bestimmten Tage
erscheinen sollen, müssen bei-
zeiten (nicht erst am Tag
oder Vorabend der Ausgabe)
aufgegeben werden. Ausnah-
men können nur in dringenden
Fällen gemacht werden.

Was ist nächste
Woche los 77777 ... Er ...

Inventur-Ausverkauf

20% Rabatt

auf

sämtliche Winterwaren.

Die Vorteile, die ich Ihnen biete, sind:

Beste Qualitäten! Erstaunlich billig!

Es kommt nur reguläre Lager-Ware zum Verkauf.

Ein Posten
Mäntel, Anzüge und Pullover
im Preis 50% herabgesetzt.

Auf sämtl. Lagerwaren 10% Rabatt.

Fr. Loos I., Laasphe

Telefon 177

Gegründet 1727

14. Nachtrag

zur Sitzung der Landkrankenkasse des Kreises
Wittgenstein in Berleburg.

Der Ausschuss hat in seiner Sitzung vom 30. November
folgende Abänderung der Satzung beschlossen:

§ 26 erhält folgende Fassung:

I. Als Krankenhilfe wird gewährt:

1. Krankenpflege vom Beginn der Krankheit an; sie umfasst
ärztliche Behandlung und Versorgung mit Arznei, sowie
Brillen, Druckbänder und andere kleinere Heilmittel bis
zum Höchstbetrage von 25,— Amt. Für größere Heil-
mittel gewährt die Kasse einen Zuschuß in Höhe von ein-
Drittel des Preises, höchstens jedoch 50,— Amt.

2. Krankengeld in Höhe des halben Grundlohns für jeden
Kalendertag, wenn die Krankheit den Versicherten ar-
beitsunfähig macht; es wird vom vierten Krankentage
ab gewährt, wenn aber die Arbeitsunfähigkeit erst später
eintritt, vom Tage ihres Eintritts an.

Verheirateten Kassemitgliedern werden prozentuale
Zuschläge zum Krankengeld gewährt und zwar erhalten
Versicherte mit 1—3 Kindern unter 14 Jahren 60 Pro-
zent mit 4 und mehr Kindern unter 14 Jahren 70 Prozent
des Grundlohns als Krankengeld.

Die Mehrleistungen werden jedoch nur gewährt,
wenn der Erkrankte am Tage der Erkrankung mindestens
3 Monate Mitglied der Kasse gewesen ist.

Die Ziffer II fällt weg.

Ziffer III bis V bleiben bestehen wie bisher.

Die Änderung tritt mit dem 1. Januar 1930 in
Kraft.

Berleburg, den 2. Dezember 1929.

Der Vorstand. gez. Möhn, Vorsitzender.

B. L. 505—29 I. Sieg. Genehmigt!

Dortmund, den 24. Dezember 1929.

Oberversicherungsamt. gez. Brisch.

Beglaubigt: gez. Unterschrift, Regierungs-Kanzlei-Sekretär.

„Deine Spottlust geht zu weit, Gilda! Was hast du an
dem Namen auszusetzen? — Gewiß, ich gebe zu: es gibt
eigenartige, hübschere Namen! — Wie kannst du daran
Anstoß nehmen — es kommt doch auf die Persönlichkeit an.“

„Ich tue es aber, Mama! Möget ihr mich tausendmal
kleinlich schelten! Ich hänge aber einmal an Neugierde!
lasse mich von ihnen auch beeinflussen, mehr vielleicht als
richtig ist — ich gebe es zu! Doch es ist stärker als ich, und
ich kann und will auch nicht dagegen an! — Herr Traugott
Leberecht Lehmann, Fabrikant von Seilerwaren, Stricken
und so weiter ist für mich erledigt — nein!“

— ohne ihn gesehen zu haben?“

„Ohne Herrn Traugott Leberecht Lehmann gesehen zu
haben, Tante Agnes! Denk mal an!“

(Fortf. folgt.)